



Nummer 1  
17. Januar 2002  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

D O K U M E N T A T I O N

# Die PDS in Berlin

- Was sie will.
- Was sie fordert.
- Was sie mit der SPD zusammen macht.
- Was andere dazu sagen.

- SPD und PDS wollen in Berlin zusammen an die Macht.
- Früher war die Berliner SPD antikommunistisch, und die PDS hieß SED.
- Die SED-Fortsetzerpartei in der Regierung der deutschen Hauptstadt?

Was will die PDS in Berlin?

Was fordert die PDS in Berlin?

Was macht die PDS zusammen mit der SPD?

Was sagen andere dazu?

Wir haben Fakten zusammengetragen: aus dem PDS-Wahlprogramm, aus PDS-Verlautbarungen. Wir lassen PDS-Vertreter selbst zu Wort kommen und hören, was andere dazu sagen.

**Unser Urteil:** Die PDS in der Regierung ist nicht gut für Berlin und nicht gut für Deutschland.

## 1. WAS WILL DIE PDS IN BERLIN

Das große Ziel: Die Rückkehr der SED-Fortsetzerpartei an die Spitze unseres Staates

**Die SED war bis vor wenigen Jahren die Partei der DDR-Diktatur. Die SED hat sich nie aufgelöst, sondern nur umbenannt: um Vermögen und Organisation zu retten.**

■ „Nie zuvor in der deutschen Parteiengeschichte hat eine Partei so viel Geld verschoben wie die PDS bei ihrem Neuanfang. In nur sechs Monaten schmolz das gigantische Vermögen zusammen. Es wurde gespendet, verschenkt, gewaschen [...]. Nun aber, da die dunkelroten Trickser von einst in einer Koalition mit der SPD die marode Hauptstadt sanieren sollen, stellt sich die Frage nach dem Umgang mit Staatsgeldern und der Verantwortung für den PDS-Finanzskandal neu. Im Zentrum der Affäre: Gysi, damals wie heute Vormann der Postkommunisten. [...] Gysi selbst hatte auf dem Parteitag im Dezember 1989 die Delegierten beschworen, 'keine Auflösung der SED zu beschließen, da sonst das Parteivermögen verloren geht'.“ *(Spiegel 50, 10. 12. 2001)*

■ „Die PDS wird fälschlich als Nachfolgepartei der SED gesehen. Aber es gibt keine Nachfolge, es ist dieselbe Organisation mit anderem Namen. Natürlich hat sie sich gewandelt. Einige wollen wirklich einen demokratischen Sozialismus, obwohl es nicht einen einzigen sozialistischen Staat mit Meinungsfreiheit, freien Wahlen und prosperierender Wirtschaft gibt oder je gab. Einige hätten Reformen schon zu DDR-Zeiten gewollt, aber getraut haben sie sich nicht. Vie-

le haben Kreide gefressen, aber mehr noch bellen wie in alten Zeiten. Auf die Stasi-Vorwürfe gegen Gregor Gysi reagierte der Ex-Bundstagsabgeordnete Gerhard Zwerenz (PDS) mit dem Satz: 'Wir werden die Umtriebe protokollieren für die nächste Wende.' Aha! Mehr als 80 Prozent der PDS-Mitglieder waren in der SED. Nur zwölf Prozent der PDS-Anhänger halten die Demokratie für die beste Staatsform, haben die Allensbacher Demoskopon herausgefunden. Jeder Zweite will die nächste Wende, von der Zwerenz faselt. Und 67 Prozent sind von der Notwendigkeit des Klassenkampfes überzeugt.“ *(Welt 7. 1. 2002)*

**Die PDS ist die umbenannte SED. Die PDS ist weniger SED-Nachfolgerin als vielmehr SED-Fortsetzerin. Dies will sie heute verharmlosen.**

■ „Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer hat die Aufhebung der Verfassungsschutzbeobachtung ihrer Partei gefordert. Sie halte es geradezu für absurd, dass eine Partei mit Regierungsverantwortung weiter beobachtet werde, sagte Zimmer mit Blick auf eine rotrote Koalition in Berlin und das Regierungsbündnis in Mecklenburg-Vorpommern am Freitag.“ *(ap 21. 12. 2001)*

■ „[...] hatte die PDS-Bundesvorsitzende Gabi Zimmer erklärt, die DDR sei 'kein Unrechtsstaat' gewesen. Deshalb sei eine Verurteilung der DDR als Unrechtssystem in der PDS 'nicht mehrheitsfähig'.“ *(Welt 7. 1. 2002)*

**Die PDS setzte sich in den Berliner Koalitionsverhandlungen durch.**

■ „Der Verfassungsschutz wird die Kommunistische Plattform der PDS nach Ein-



schätzung der Partei bald nicht mehr beobachten. 'Diese Form der Beobachtung hat sich bald erledigt', sagte die stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner PDS, Annet Gabelin, am Donnerstag dem 'F.A.Z.-Businessradio'.“ *(dpa 10. 1. 2002)*

### Die sozialistische Ideologie wirkt weiter.

■ „PDS-Landeschef Liebich über den Unterschied zwischen den Rot-Rot und der Ampel: sozialistisch sei die Prioritätensetzung“ *(tageszeitung 21. 12. 2001)*

**Die PDS lehnt eine klare Entschuldigung für das von der SED begangene Unrecht ab. Eine solche Entschuldigung sollte die Präambel zum Koalitionsvertrag enthalten. Doch die SPD wollte ihren Koalitionsgenossen PDS nicht bloßstellen.**

■ Dazu Gregor Gysi: „Dort wird ein historischer Rück- und Ausblick enthalten sein, aber keine Aneinanderreihung von Entschuldigungen.“ *(afp 21. 12. 2001)*

■ „Die Berliner SPD kassierte über die Weihnachtsfeiertage den ersten Präambelentwurf wieder ein, den Hamburgs langjähriger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) verfasst hatte. Seine Mahnung, die 'Vergewaltigung und Verfolgung' von Sozialdemokraten, DDR-Kritikern und Widerstandsgruppen nicht zu vergessen, wurde beiseite geschoben.“ *(Welt 28. 12. 2001)*

■ „Streit gibt es weiter um die Präambel zum Koalitionsvertrag. Die Berliner PDS will sich nach einem von der Partei unbestätigten Bericht des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Andreas Matthaе darin nicht für den Mauerbau, die Niederschlagung des

Arbeiteraufstandes 1953 und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD entschuldigen. Die PDS beharre auf ihrer Position, sich nicht entschuldigen zu können, weil diese Ereignisse 'unentschuldig' seien.“ *(Welt 3. 1. 2002)*

■ „Es werde auch einen 'kritischen Blick' auf die Vergangenheit geben, sagte PDS-Landeschef Stefan Liebich. Es dürfe aber keine einzige Vergangenheitsbewältigung werden.“ *(Berliner Zeitung 7. 1. 2002)*

■ „Auch Liebichs Vorgängerin, die Bundestagsabgeordnete Pau, lehnt eine Entschuldigung der PDS bei den Opfern der SED-Politik in der Präambel des Koalitionsvertrages mit der SPD ab.“ *(FAZ 7. 1. 2002)*

**Auch hier setzte sich die PDS in den Koalitionsverhandlungen durch.**

■ „Die PDS nahm in der letzten Beratungsrunde am Montagabend offenkundig Einfluss auf entscheidende Passagen des Vorworts zum Koalitionsvertrag. Dies ergibt ein Vergleich zwischen dem Vorentwurf, mit dem die SPD in die Verhandlungen ging, und der Schlussfassung: Der PDS gelang es, bestimmte Passagen über Berlins Nachkriegsgeschichte zu entschärfen und dabei beispielsweise das Wort 'Todesschüsse' durch 'Schüsse' zu ersetzen. Die SPD-Formulierung 'Nichts wird vergessen ...' fand in den Augen der PDS keine Gnade und entfiel. Der entsprechenden Passage fehlt jetzt diese Einleitung. Sie lautet lediglich: 'Nur in der Arbeit aller an einer guten Zukunft Berlins kann das Zusammenwachsen gelingen.' Mit Erfolg setzte die PDS den Verzicht auf Formulierungen durch, die sie zu eng als SED-Ablegerin zu erkennen gegeben hätte. So legte die SPD ausweislich ihres Entwurfs die Passage

vor: 'Die Distanzierung der PDS von den Unrechtstaten der SED und dem Mauerbau waren wichtige Schritte zur Akzeptanz und Aufarbeitung der eigenen unheilvollen Geschichte...' In der Endfassung fehlen die beiden wichtigen, den SED-PDS-Zusammenhang verdeutlichenden Worte 'Akzeptanz' und 'eigene' – die PDS-Geschichte ist nun nicht mehr unheilvoll.“ (Welt 9. 1. 2002)

■ „Die PDS hat ihre moralischen Hausaufgaben bezüglich der Vergangenheit noch nicht gemacht, eine Entschuldigung bei den Opfern des unsäglichen sozialistischen Regimes steht noch aus. Diese demaskierende Tatsache kann ein mediengewandter Nebelkerzenwerfer wie Gregor Gysi auch durch noch so viele Talkshow-Auftritte nicht klein reden.“

(Braunschweiger Zeitung 8. 1. 2002)

■ „So ist von der vielfach geforderten Entschuldigung der SED-Nachfolger für den Mauerbau nicht die Rede.“ (afp 8. 1. 2002)

### **Rot-Rot in Berlin soll den Weg für Rot-Rot im Bund ebnen.**

■ Dazu PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch: „Zwar schließt er wie Schröder eine SPD-PDS-Koalition im Bund wegen der unvereinbaren Positionen in der Sicherheits- und der Außenpolitik derzeit aus. 'Dennoch will ich nie nie sagen', sagt Bartsch. Notfalls werde die SPD auf die PDS zurückgreifen.“ (dpa 27. 12. 2001)

■ „Stadtgeschichte, Parteigeschichte, Weltgeschichte: der Anspruch der PDS reicht eben weit über den Platz im Roten Rathaus hinaus.“ (Neues Deutschland 8. 1. 2002)

■ „Sie wollen wieder als Sieger der Geschichte dastehen“ (Welt 10. 1. 2002)

## **2. WAS FORDERT DIE PDS IN BERLIN?**

**Staatwirtschaft mit mehr Steuern für Bürger und Privatwirtschaft**

**Berlin braucht gesunde Finanzen: durch finanzielle Entlastung der Bürger und Unternehmen sowie durch sinnvolle Investitionen statt Staatwirtschaft. Gespart werden muss an den richtigen Stellen. Doch die PDS will das Gegenteil.**

■ „Durch Bundesratsinitiative soll der Senat darauf dringen, dass die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes in den Jahren 2003 und 2005 gestoppt, die Körperschaftssteuer wieder angehoben und die Steuerbefreiung für Fusionsgewinne von Kapitalgesellschaften rückgängig gemacht wird.“

(Miteinander für Berlin. Programm der PDS Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober 2001, S. 4)

■ „Mit dem Verzicht des von der PDS tolerierten rot-grünen Senats auf den Weiterbau der U5 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung unternommen worden. Weitere Großvorhaben wie der Bau der Tangentialverbindung Ost, des Großflughafens Schönefeld und die Umklappung des S-Bahnhofes Charlottenburg müssen auf den Prüfstand.“

(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 4)

■ „Das Land Berlin ist an über 400 Unternehmen beteiligt. Durch Privatisierungen darf es seine soziale und ökologische Regulierungsfähigkeit nicht verlieren.“

(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 19)

**Die PDS fördert teure Perspektivlosigkeit auf Kosten aller statt arbeitschaffende Investitionen und verantwortliche Sozialsysteme.**



- Die PDS will „öffentlich geförderte Beschäftigung weiter entwickeln“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 18)*

- „Arbeitszwang und eine entwürdigende Kontrolle der Unterstützungszahlungen sind abzulehnen.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 30)*

### **Die PDS will Umverteilung und Beschränkungen für persönliches Eigentum.**

- „Wohnumfeld- und Infrastrukturmaßnahmen werden durch Umverteilung stärker als bisher gefördert. [...] Der Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten soll eingeführt werden.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 22)*

---

### **Ideologie, Politisierung und Gleichmacherei in Schule und Familie**

**Berlin braucht eine Reform der Schulbildung, um leistungsschwache wie leistungsstarke Kinder zu fördern und zu fordern. Doch die PDS betreibt ideologische Politisierung und Gleichmacherei schon in der Schule.**

- Forderungen sind: „Demokratisierung der Schule [...] sechsjährige integrative Grundschule [...] keine obligatorische äußere Fachleistungsdifferenzierung [...]. Die drittelparitätisch besetzte Schulkonferenz als oberstes beschlussfassendes Gremium der Schule wird gestärkt. Stellung und Rechte der Schülerinnen und Schüler: Stärkeres Gewicht durch Anerkennung eines allgemeinpolitischen Mandats ihrer Vertretungen“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 10f.)*

- Die PDS will: „Eine Aufklärungskampagne ‘Andersrum ist nicht verkehrt’ analog der gleichnamigen Kampagne in NRW in Kooperation mit Unternehmen, Medien und gesellschaftlichen Gruppen. Aufklärung in Schulen im Rahmen des Unterrichts durch Projekte von Lesben, Schwulen und Transsexuellen.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 26)*

- Dagegen ist die PDS gegen eine Gleichberechtigung des Religionsunterrichtes mit anderen Fächern in den Schulen.

*(vergleiche Berliner*

*Wahlprogramm 2001, S. 11)*

### **Für die PDS gibt es keine Familien: Im PDS-Wahlprogramm taucht ‘Familie’ kein einziges Mal auf!**

- Die PDS will für Kinder und Jugendliche: „selbstbestimmte Wohn- und Lebensformen“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 25)*

- Die PDS fordert: „Stärkung der Rolle des Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen durch Umwandlung in Lesben- und SchwulenreferentInnen mit eigenem Projektehaushalt“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 26)*

---

### **Verbrechensbekämpfung wird erschwert**

**Berlin und seine Bürger brauchen Sicherheit. Doch die Forderungen der PDS erschweren Verbrechensbekämpfung.**

- „[...] die verdachtsunabhängigen Kompetenzen der Polizei im Polizeigesetz (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) [sollen] abgebaut werden. Die Einführung von Videoüberwachung öffentlicher Räume

kommt nicht in Betracht.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 40)*

**Auch beim Strafvollzug soll eingespart werden.**

■ „Ausbau der Kapazität des offenen Strafvollzugs für Männer.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 41)*

■ „Auf den Neubau einer neuen Anstalt des geschlossenen Vollzugs in Großbeeren soll und kann verzichtet werden.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 4)*

**Als eigentlich Verdächtige erscheint die Polizei.**

■ So unterstellt die PDS: „Die Polizei muss sich gegenüber der Zivilgesellschaft und dem Parlament öffnen. Dem Korpsgeist muss strukturell entgegengetreten werden.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 40)*

■ „Zur verbesserten Transparenz und zum Schutz vor Polizeiübergreifen soll die Einführung der Kennzeichnung der Polizisten beitragen.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 40)*

**Die PDS will Drogenkonsum liberalisieren.**

■ „Entkriminalisierung statt Repression in der Drogenpolitik [...] Anwendung von Cannabis als Medizin“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 42)*

**Mehr Einwanderung statt verantwortlicher Steuerung**

**Die PDS will mehr Einwanderung.**

■ „Das Einbürgerungsverfahren muss vereinfacht, mehr Personal dafür eingesetzt und die Gebühren müssen gesenkt werden. Unternehmen, die öffentliche Aufträge wollen, sollen Förderpläne für Migrantinnen und Migranten aufstellen. Migrantinnen und Migranten müssen bessere Einstiegschancen in den öffentlichen Dienst, vor allem in die Berufsausbildung, bekommen.“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 24)*

**Unverantwortliche Rätepolitik  
statt kontrollierbare  
parlamentarische Demokratie**

**Eine parlamentarische Demokratie lässt sich kontrollieren, ihre gewählten Vertreter des Volkes sind diesem verantwortlich. Doch die PDS will in allen Lebensbereichen Räte und Beauftragte einsetzen, die Macht ausüben, doch niemandem verantwortlich sind.**

■ „Integrationsbeauftragte auf Landes- und Bezirksebene und MigrantInnenbeiräte“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 24)*

■ „Lesben- und SchwulenreferentInnen“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 26)*

■ „Kinder- und Jugendgesundheitskonferenzen“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 28)*

■ „Gesundheitskonferenzen auf Bezirks- und Landesebene“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 28)*

■ „Stadtteil- und Armutskonferenzen“

*(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 29)*

■ „Mobilitätsbeauftragte bei Behörden [...]“



Fahrgastbeiräte bei den Verkehrsunternehmen“

(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 31)

■ „Polizeibeauftragter“

(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 40)

**Die PDS gefährdet die Funktionsfähigkeit der Parlamente.**

■ So will die PDS: „Demokratie demokratisieren [...] direkte Demokratie [...]. Die 5-Prozent-Sperrklausel bei den Abgeordnetenhauswahlen und die 3-Prozent-Hürde bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen werden abgeschafft.“

(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 35f.)

**Die PDS will politischen Extremismus auf der linken Seite hoffähig machen.**

■ „Antifaschistische und antirassistische Initiativen müssen unterstützt und dürfen nicht als extremistisch diskreditiert werden.“

(Berliner Wahlprogramm 2001, S. 42)

**3. WAS MACHT DIE PDS ZUSAMMEN MIT DER SPD IN BERLIN?**

■ „Die SPD, die für sich beansprucht, die ‘Neue Mitte’ der deutschen Gesellschaft zu sein, geht in Berlin ein Regierungsbündnis mit der PDS ein.“ (FAZ 8. 1. 2002)

■ Nach nur „erstaunlich kurzer Zeit“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 9. 1. 2002) der Verhandlungen wurde am 8. Januar 2001 die Koalitionsvereinbarung getroffen. Die PDS hat sich in den wichtigsten Bereichen durchgesetzt: „[...] die Hauptstadt-SPD

hängt am Nasenring der PDS.“

(Welt 8. 1. 2002)

Die innere Sicherheit, Polizei und Verfassungsschutz werden geschwächt

**Aufgrund der besonderen Sicherheitslage in Berlin grundlegende Erfordernisse der Verbrechensbekämpfung werden abgelehnt.**

■ „Eine Änderung des Demonstrationsrechts ist nicht erforderlich.“

(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)

■ „Eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze wird nicht ins Auge gefasst.“

(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)

■ „Die Koalitionspartner werden die Erforderlichkeit neuer sowie Notwendigkeit und Wirksamkeit der bestehenden Eingriffsbefugnisse überprüfen.“

(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)

■ „Die Koalitionsparteien prüfen, inwieweit der Besitz einer für den Eigenverbrauch bestimmten Menge sowie die Abgabe geringer Mengen weicher Drogen entkriminalisiert werden können.“

(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 11)

**SPD und PDS misstrauen Polizisten und den Befugnissen der Polizei.**

■ „Die Koalitionspartner werden die Erforderlichkeit neuer sowie Notwendigkeit und Wirksamkeit der bestehenden Eingriffsbefugnisse überprüfen.“

(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)

■ „Die Befugnisse der Polizei zur längerfristigen Observation, zum Einsatz von V-Per-



sonen, zum Einsatz verdeckter Ermittler und technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen werden [...] an einen Straftatenkatalog gebunden und nicht mehr auf eine Generalklausel gestützt.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)*

■ „Zur Förderung von Bürgernähe und Transparenz werden [...] Berliner Polizeibeamte eine individualisierbare Kennung gut sichtbar an ihrer Uniform tragen.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)*

**SPD und PDS stellen ‘Deeskalation’ vor das Durchsetzen des Rechtsstaates.**

■ „Die Polizeiarbeit in besonderen Einsatzlagen ist geprägt von Vorausschau, Einfühlungsvermögen und Kooperationswille. In Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Versammlungen und Aufzügen sind Strategien deeskalierender Art Leitlinie [...].“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)*

**Ein wirksamer Verfassungsschutz wird nicht mehr gewährleistet.**

■ „Die Verfassungsschutzbehörde muss sich fortentwickeln von einem klassischen Geheimdienst hin zu einem Instrument moderner, wissenschaftlich fundierter Beratung für Politik und Öffentlichkeit. [...] Geheimdienstliche Eingriffsmöglichkeiten sind nur in Ausnahmefällen parlamentarisch ermächtigt und kontrolliert einzusetzen.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 6)*

**Gerichte und Rechtssprechung geraten unter politischen Druck.**

■ „Die Übernahme von Führungsfunktionen darf nicht allein an die juristische Kompetenz geknüpft werden, sondern muss verstärkt

auch die Fähigkeit zur Personalführung und organisatorisches Geschick berücksichtigen. Diesem Bedarf müssen auch Fortbildungsangebote und -anforderungen gerecht werden.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 9)*

■ „Die Koalitionsparteien werden eine Initiative ergreifen, um die Sozialarbeit im Bereich der Jugenddelinquenz durch Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts zu erleichtern.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 9)*

**Die Durchsetzung des Strafvollzugs ist nicht mehr sicher.**

■ „Die anhaltende Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten Berlins ist ein auf Dauer nicht hinnehmbarer Zustand. Da eine wesentliche Erweiterung der Haftplatzkapazität nicht in Aussicht steht, ist dieser Situation mit unterschiedlichen Maßnahmen zu begegnen. Maßnahmen der Haftvermeidung sind auszubauen. [...] Die Erhöhung des Anteils von Entlassungen zur Bewährung nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe wird angestrebt. [...] Sollte ein weiterer Anstieg der Zahl der Strafgefangenen dennoch die Schaffung neuer Haftplätze zur Sicherung des gesetzmäßigen Strafvollzugs gebieten, ist dies zwingend mit der Bereitstellung zusätzlichen Personals zu verbinden. Bei derartigen Kapazitätserweiterungen ist der offene Vollzug zu bevorzugen. Die Justizvollzugsanstalt Heidering bei Großbeeren wird in dieser Wahlperiode nicht gebaut.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 9)*

**Ideologie belastet kindgerechte Schulbildung**

**Die rot-rote Schulpolitik verschärft die Bildungsmisere.**

■ „Die Gesamtschulen sind weiter zu entwickeln. [...] Der weitere qualitative Ausbau von Gesamtschulen wird durch die Verankerung von gymnasialen Oberstufen an den Gesamtschulen, sei es durch eigene Oberstufen, sei es im Verbund mit anderen Gesamtschulen oder Gymnasien, von der Koalition unterstützt.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 10)*

■ „Die sechsjährige Grundschule wird qualitativ weiterentwickelt.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 10)*

■ „Das Recht der Erziehungsberechtigten, ggf. auch abweichend von der Bildungsgangempfehlung eine Schulart zu wählen, bleibt erhalten.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 10)*

---

### Keine wirksame Integration von Zuwanderern

**‘Integration’ wird nicht beschrieben als Orientierung von Zuwanderern an unserer Rechtsordnung und Kultur, sondern nur als reines Nebeneinander von Menschen verschiedener Kulturen. Diese alle sollen unterschieds- und voraussetzungslos volle politische Teilhabe-, also Wahlrechte erhalten.**

■ „Unter Integration verstehen wir das von gegenseitiger Achtung und Toleranz geprägte Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Rechtliche Gleichstellung und gleiche Teilhabechancen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind dafür Grundvoraussetzung.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 14)*

---

### Arbeitslosigkeit wird nicht bekämpft

**SPD und PDS fördern teure Scheinlösungen, die Arbeit nicht schaffen, sondern Arbeitslosigkeit und soziale Missbrauchsmöglichkeiten verstetigen.**

■ „ABM und SAM sind wegen ihrer Entlastungswirkung auf dem Arbeitsmarkt und wegen ihrer strukturpolitischen Einsatzfelder weiterhin wichtige Maßnahmen und sind deshalb zu verstetigen.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 13)*

■ „Gründung von Stadtteil-/ Produktivgenossenschaften“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 13)*

---

### Unsoziale Belastungen statt realistische Schuldensenkung und Investitionsförderung

**SPD und PDS haben keine klaren Konzepte für eine realistische wie sozial gerechtfertigte Schuldentilgung. Sie belasten Verwaltung und Landeshaushalt mit ideologischen Forderungen, statt Investitionen zu fördern.**

■ „Gender Mainstreaming ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Berliner Senats, dem alle Ressorts auch in finanzieller Hinsicht verpflichtet sind. Kein politisches Handlungsfeld ist aus sich heraus geschlechtsneutral – auch nicht die Finanzpolitik. Die Verwendung der öffentlichen Ausgaben wird regelmäßig auf das Ziel Gleichstellung der Geschlechter überprüft.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 16)*



■ Es „werden in den Jahren 2002 und 2003 im Wesentlichen keine Neubeginner in die Investitionsplanung aufgenommen werden können, bereits begonnene Maßnahmen werden auf ihre Unverzichtbarkeit überprüft.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 19)*

### Sozialistische Stadtplanung beeinträchtigt Wohnen und Mobilität im Verkehr

**SPD und PDS schaffen neue Beschränkungen für Bewohner und Verkehrsteilnehmer.**

■ „Die rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung eines Genehmigungsvorbehaltes bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen werden genutzt.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 16)*

■ „Im Hinblick auf das prognostizierte Verkehrswachstum in der Stadtmitte und weiteren innerstädtischen Zentren sind die Angebote so zu optimieren, dass die Wege im Verhältnis von 80 % der Wege mit dem öffentlichen Personennahverkehr sowie zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad und zu 20 % mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) bewältigt werden können.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 18)*

■ „Eine Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung erfolgt dort, wo eine starke Parkraumnachfrage dies erfordert. Die Festlegung der Bewirtschaftungszeiten soll den konkreten Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Die Gebühren der Anwohnergünstete werden auf die von der Rechtsprechung akzeptierte Höhe von 60,- DM pro Jahr erhöht.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 18)*

### Ideologie belastet die Wissenschaftsfreiheit

**Droht nach ‘Marxismus-Leninismus’ ein neues obligatorisches Ideologiefach?**

■ „Der Anteil der leistungsorientierten Mittelvergabe im Bereich ‘Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre’ soll von 5% auf 10% erhöht werden. [...] Die Berliner Hochschulen werden aufgefordert, im Rahmen der Modularisierung von Studiengängen Frauen- und Geschlechterforschung als selbstständigen Bestandteil in die verschiedenen Bereiche der Wissenschaft zu integrieren und die Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen der Berliner Hochschulen weiterzuentwickeln.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 22)*

### Merkwürdiges Verständnis von „Geschichtskultur“

**Für die international bekannten Kulturinstitutionen Berlins haben SPD und PDS nach eigenem Bekunden kein Geld. Dieses wollen sie für anderes, etwa für die zweifelhafte Ehrung einer Anhängerin des bewaffneten Kampfes für die kommunistische Diktatur ausgeben.**

■ „In Verhandlungen mit dem Bund soll erreicht werden, dass dieser die Baukosten für die Museumsinsel und die Staatsbibliothek unter den Linden allein übernimmt.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 23)*

■ „Die Koalition will das geplante Denkmal für Rosa Luxemburg nach einem künstlerischen Wettbewerb auf dem gleichnamigen Platz in Mitte realisieren.“

*(Koalitionsvereinbarung, Abschnitt 23)*

#### 4. WAS SAGEN ANDERE ZU ROT-ROT IN BERLIN?

Rot-Rot verschärft die Berliner  
Probleme

##### Die PDS behindert Bildung, Wissen- schaft, Kultur und Kirchen.

■ „Die Berliner Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat SPD und PDS 'Wahlbetrug' vorgeworfen. Die Parteien hielten ihre Versprechen nicht, nach denen Kürzungen im Bildungsbereich vermieden und stattdessen sogar zusätzliche Mittel bereitgestellt werden sollten, sagte der **stellvertretende GEW-Vorsitzende Dieter Haase**.“

(Welt 22. 12. 2001)

■ „Einen 'turbulenten Januar' voll mit Protesten hat **FU-Präsident Peter Gaegtens** vorhergesagt. Denn ausgerechnet in einem der wenigen wirklich zukunftssträchtigen Standortfaktoren Berlins, der Hochschulmedizin, setzt Rot-Rot den Rotstift an. Das Universitätsklinikum Benjamin Franklin soll abgewickelt und als regionales Krankenhaus weitergeführt werden, ein unbeeiflicher Bruch der Hochschulverträge. 'Die rote Koalition gestaltet nicht, sondern zerstört nur', machte Gaegtens seiner Empörung Luft.“

(Welt am Sonntag 30. 12. 2001)

■ „Vorsorglich versagten SPD und PDS schon mal jegliche Landesmittel zur Neubebauung des zum Großteil Berlin gehörenden Areals, egal ob nun mit einem Schloss-Remake oder moderner Architektur. Kann man offener die Arbeit einer Expertenkommission brüskieren, die nach mühevoller Debatte eine barocke Fassade in der Schlosskubatur

vorschlug und dafür im Januar Finanzierungsmöglichkeiten unterbreiten will? Wenn Berlin nicht wenigstens symbolisch Geld für den Schlossplatz gibt, wird kein Privatinvestor auch nur einen Cent anrühren.“

(Welt am Sonntag 30. 12. 2001)

■ „Wie tröstlich ist es da, dass sich die Koalition dafür einsetzen will, dass der ehemalige russische Stadtkommandant Nikolai Bersarin die Ehrenbürgerschaft wieder erhält.“

(FAZ 8. 1. 2002)

■ „[...] dass die rot-rote Koalition jetzt mit großer Dringlichkeit den Bau eines Rosa-Luxemburg-Denkmal betreibt: [...] Die PDS ist immer ein wenig klamm, wenn es um politisch nicht total desolate Vorbilder geht – Rosa Luxemburg erfüllt als linke Frau, die zumindest geistig-moralisch aus dem Osten kommt, glatt eine Dreifachquote. Möglicherweise hat das auch die SPD dazu getrieben, eine der doktrinärsten SPD-Feindinnen der Geschichte zu ehren.“

(Tagesspiegel 10. 1. 2002)

■ „Kardinal Sterzinsky verurteilt Rot-Rot [...] Berlins Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky äußerte sich gestern enttäuscht über den Koalitionsvertrag von SPD und PDS. Kirche, Religion und Glaube seien für die agierenden Parteien offenbar keine relevante Größe mehr. 'Nur an einer einzigen Stelle des mehr als 130 Seiten starken Papiers wird die Kirche erwähnt: Wenn es um die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements geht, ist auch die Arbeit der Kirche gefragt. Das hätte die SED auch fertig gebracht' [...]. 'Wenn in einem Senat so gut wie kein gläubiger Mensch sitzt, dann wird dort zwangsläufig eine andere Politik gemacht, als wenn christlichen oder ethischen Grundsätzen verpflichtete Menschen diese gestalten.'“



Stattdessen saßen in der Berliner Regierung Politiker, die 'marxistischen Grundprinzipien' folgten. Sterzinsky weiter: 'Noch scheint mir die PDS nicht koalitionsfähig zu sein, solange sie sich nicht homogen zum Grundgesetz bekennt. [...] Die katholische Kirche wird sich nicht damit abfinden, das die Koalition das Thema Religionsunterricht und Kirchen für obsolet hält.'"

(*Berliner Morgenpost* 10. 1. 2002)

### Die PDS versagt in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Haushalt.

■ „Dieser rot-rote Senat wird auch die letzten Wachstumschancen Berlins zerstören. Die PDS wird Investoren vergraulen, die Schulden der Stadt weiter in die Höhe treiben und damit die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel setzen.“

(*ehemaliger BDI-Chef*

*Hans-Olaf Henkel in Bild* 21. 12. 2001)

■ **IHK-Präsident Werner Gegenbauer:** „Dass der Ostteil weiter nicht an die Stadtautobahn angebunden und die PDS den Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung unter Inkaufnahme ihrer negativen Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt fordert, weckt in der Wirtschaft keine richtige Freude.“

(*dpa* 27. 12. 2001)

■ „Die Regierungsbeteiligung der PDS schadet dem Wirtschaftsstandort Berlin“, sagte [der **Präsident der Unternehmensverbände von Berlin und Brandenburg, Gerd von Brandenstein**. Wirtschaft sei zu 50 Prozent Psychologie, das Programm der 'SED-Nachfolgepartei' sei in weiten Teilen nicht mit der sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Vor allem die ausländischen Investoren würden 'sehr zögerlich' reagieren. 'Die Investoren verstehen nicht, wie in Berlin nun eine Partei

regieren kann, die die Mauer gebaut hat', sagte von Brandenstein. Die Bildung eines rot-roten Senats sei 'keine gute Entscheidung' für Berlin. [...] 'Ich sehe die PDS-Beteiligung mit großer Distanz', sagte der **Präsident der Handwerkskammer, Hans-Dieter Blaese**. 'Mit Sicherheit wird das Investoren abschrecken.' Die geplanten Steuererhöhungen würden Unternehmensansiedlungen verhindern. 'Die Berliner Wirtschaft verträgt keine Steuererhöhung mehr', sagte Blaese.“

(*Berliner Zeitung* 11. 12. 2001)

■ „Auch für den **Hauptgeschäftsführer** der Vereinigung der **Unternehmensverbände** in Berlin und Brandenburg, **Hartmann Kleiner**, ist die Personalplanung unseriös. Außerdem seien die geplanten Steuererhöhungen 'standortfeindlich'.“

(*tageszeitung* 21. 12. 2001)

■ „Für die Wirtschaft in Berlin bringt die Koalitionsvereinbarung zahlreiche neue Belastungen. [...] Völlig absurd, weil ökonomisch kontraproduktiv, sind die vereinbarten Steuererhöhungen: Schon heute ist die Berliner Grundsteuer die höchste der Republik, die 10-prozentige Erhöhung ist daher ein Signal, das die Wirtschaft nur abschrecken kann. Das gilt ebenso für die neue Abgabe auf Wasser. Wer in seinem Latein am Ende ist, greift zu Steuererhöhungen: Rot-Rot weiß offenbar bereits zu Beginn der Koalition weder aus noch ein.“

(*Handelsblatt* 21. 12. 2001)

■ „Die **Verdi-Vorsitzende Stumpfenhusen** nannte die Beschlüsse der künftigen Koalitionspartner eine 'Luftnummer', sie seien tarifrechtlich nicht durchzusetzen: 'Das ist schon peinlich'.“

(*FAZ* 21. 12. 2001)

■ „Die Nettoneuverschuldung steigt demnach 2002 auf rund 6,25 Milliarden Mark

und 2003 auf rund 6,8 Milliarden Mark. Bis 2006 sollen in der Verwaltung 15 000 Stellen wegfallen, die altersbedingt frei werden. Dies entspricht Kürzungen von rund einer Milliarde Mark. Woher die fehlende zweite Milliarde Mark kommt, weiß keiner.“

*(Süddeutsche Zeitung 21. 12. 2001)*

■ „Die Probleme werden auf die Zukunft verschoben, das Land Berlin rutscht immer tiefer ins finanzielle Minus.“

*(Berliner Zeitung 20. 12. 2001)*

■ „Es fehlt auch ein Signal, das deutlich macht, dass Berlin nicht mehr die Stadt sein will, die einzig mit Subventionen des Bundes überleben kann.“

*(Berliner Zeitung 21. 12. 2001)*

■ „Jetzt befindet sich Berlin in der Situation, von einer Koalition regiert zu werden, die außer Gysis roter Truppe und ein paar wenigen sozialdemokratischen Funktionsträgern eigentlich niemand wollte [...]. Es ist eine Koalition, die die aus vielerlei Gründen gebeutelte Hauptstadt der Deutschen zu einem Versuchsfeld für eine sozialdemokratisch/sozialistische Politik macht, dessen Ausgang völlig offen ist. Berlin wird von einem Experiment regiert. Experimente freilich sind das letzte, das diese Stadt braucht; sie braucht vielmehr einen klaren Konsolidierungskurs. Der Koalitionsvertrag aber ist überall dort, wo er Konkretes hätte aussagen müssen, im Unverbindlichen gehalten worden.“

*(Märkische Oderzeitung 8. 1. 2002)*

■ „In Berlin jedoch werden von nun an ‘alle Wirtschaftsprogramme’ auf ihre ‘Geschlechtergerechtigkeit hin analysiert’. Und Firmen, die in Schwierigkeiten geraten, verheißt der Koalitionsvertrag behördliche ‘Beratungshilfen für notwendige Umstrukturie-

rungsprozesse’. Das ist das Gegenteil von ordnungspolitisch überzeugender Logik. So schreckt man Investoren.“

*(Berliner Zeitung 8. 1. 2002)*

■ „Viele Firmen indes drängen auf den raschen Ausbau des geplanten Großflughafens. Dem Unternehmerverband fiel auf, dass erstmals darauf verzichtet, im Koalitionsvertrag 2007 als Termin für die Fertigstellung zu nennen.“

*(dpa 8. 1. 2002)*

■ „Zu viele Rechnungen sind ohne den Wirt gemacht.“

*(dpa 8. 1. 2002)*

■ Vergessen oder verdrängt, dass es gerade die von der SED-Führung zu verantwortende Misswirtschaft war, die die DDR in den Bankrott geführt hat.“

*(Leipziger Volkszeitung 9. 1. 2002)*

■ „Man muss kein PDS-Hasser sein, um am Erfolg von Rot-Rot zu zweifeln. Denn auch nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen bleibt es ein Rätsel, wie SPD und PDS die Strukturprobleme der Hauptstadt in den Griff bekommen wollen. Ein schlüssiges Gesamtkonzept haben die Parteien bislang nicht vorgelegt [...]“

*(Financial Times Deutschland 9. 1. 2002)*

### **Die PDS schadet der inneren Einheit und dem Ansehen der Stadt und des Bundes.**

■ „[...] die schlimmsten Befürchtungen scheinen sich zu bewahrheiten. Der politische Häuserkampf beginnt. Ost gegen West, Kiez gegen Kiez. Als erstes soll es das Klinikum Benjamin Franklin der Freien Universität treffen, zugunsten der Charité. Damit würde eine weithin anerkannte Forschungseinrichtung verschwinden, die maßgeblich zum Ruf Berlins als Wissenschaftsstandort beigetra-



gen hat. [...] Gerade der Wettbewerb unter den medizinischen Einrichtungen hat Berlin international an die Spitze gebracht [...]. Offenbar waren die Sozialdemokraten gerne bereit, das Klinikum West den neuen Partnern aus dem Osten zu opfern. Die PDS weiß, wofür sie kämpft, nicht aber die SPD.“

(Welt 21. 12. 2001)

■ „Ohne Hilfe des Bundes ist nach Ansicht der PDS der Haushalt von Berlin nicht zu sanieren. Woweitit will einen ‘Berlin-Pakt’ über einzelne, vom Bund zu finanzierende Institutionen und Projekte mit der Bundesregierung verhandeln. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnt die Forderungen aus Berlin ab: Es gäbe vor allem im Osten andere Städte in gravierenden Finanznöten.“

(FAZ 21. 12. 2001)

■ „Es ist eine dreiste Lüge, zu behaupten, mit einer SPD/PDS-Koalition werde die mentale Spaltung in Berlin überwunden. Denn es ist die PDS, die von der Spaltung am meisten profitiert [...]. Wer erinnert sich eigentlich noch an das Versprechen des machtversessenen SPD-Vorsitzenden Peter Strieder: ‘Wer die PDS an der Regierung verhindern will, muss SPD wählen?’“

(Welt 7. 1. 2002)

■ „Da mag es wenig trösten, dass die [...] zusammenfinanzierte Senatorentruppe mit ihrem minimalistischen Koalitionsvertrag nur mehr einen Bezirkssenat darstellen wird, weil unter dem Druck der Ostberliner Kiezfürsten eine zentralstädtische Aufgabe nach der anderen an den Bund wegsuspendiert wird [...].“

(Welt 8. 1. 2002)

■ „Gysi fügte im Inforadio Berlin-Brandenburg hinzu, die in der Präambel zum Koalitionsvertrag festgelegte Verpflichtung des

Senats zu einem ‘bundesfreundlichen Verhalten’ sei nicht als Beschränkung der außen- und sicherheitspolitischen Eigenständigkeit seiner Partei zu verstehen.“

(ap 8. 1. 2002)

■ „Zwölf Jahre nach dem Fall der Mauer sind Helfershelfer der Mauerbauer wieder an der Macht – in Berlin. Dass sie sich die Macht ausgerechnet mit der SPD teilen müssen, schmälert ihren Erfolg nicht. Im Gegenteil. Dass die Partei Ernst Reuters und Willy Brandts nur mit Hilfe der Rechtsnachfolge eines Unrechtsregimes Berlin regieren kann, ist für diese ein Triumph, der einer politischen Generalamnestie gleich kommt. Und zur Amnestie kommt die Amnestie.“

(Süddeutsche Zeitung 8. 1. 2002)

■ „Stehen wir vor einer Kette negativer Standortentscheidungen? Mit offenen Armen wird Gysi nicht aufgenommen. Das hat der Bundeskanzler schon indirekt zu spüren bekommen, als er von anderen Regierungschefs befragt wurde, ob das denn mit der Machtteilhabe der Postkommunisten in der Hauptstadt eine gute Sache sei.“

(Tagesspiegel 10. 1. 2002)

■ „Die russische Tageszeitung ‘Iswestija’ (Moskau) befasst sich am Donnerstag mit der Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin: ‘Die deutsche Hauptstadt fällt. Die regierende SPD hat sich auf eine Koalition mit der PDS geeinigt. Deren Führung setzt sich aus direkten Nachfolgern Erick Honeckers zusammen, solchen wie Gregor Gysi.’“

(dpa 10. 1. 2002)

**In Berlin gibt es keine sanktionsbewehrte Regel-Überprüfung für den Öffentlichen Dienst über eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit, deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen wären.**

■ Dazu der **frühere DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Templin**: „Ich finde die Vorstellung unerträglich, wenn Herr Gysi etwa als Kultursenator die Oberaufsicht über die Hinterlassenschaften des Stasi-Terrors oder etwa über die Gedenkstätte Bernauer Straße bekäme. Damit kann Herr Gysi doch denkbar wenig anfangen“, sagt Templin und wird darin auch von Opferverbänden unterstützt, die vor einem rot-roten Bündnis warnen. Es sei schade, dass die Gesellschaft nicht den Mut aufbringe, ‘unbequeme Diskussionen um Namen und historische Richtigkeiten’ zu führen.“ (Welt 20. 12. 2001)

■ „Gysis Loyalität gilt einer größeren Sache als der Berliner PDS: Sie gilt ihm – und der Legitimität der DDR. Darauf läuft bei ihm alles hinaus, daraus erklärt sich bei ihm alles [...]. Noch effektvoller als seine Allgegenwart ist Gysis Fähigkeit sicherzustellen, dass eine Tür fest geschlossen bleibt: Über das Thema Gysi und die Stasi wird in Berlin nicht gesprochen. Was für die SPD zuvor ein Tabu war – mit den Erben der SED zu kollaborieren –, ist nun das Tabu geworden, über die Erbschaft der SED in der PDS und bei ihrem Personal auch nur einen Satz zu verlieren. [...] Sie ist mehrheitlich entschlossen, Gysis Verstrickung in das SED-Regime so nachsichtig zu behandeln, als bewerbe er sich um einen Halbtagsjob in der Hundesteuerstelle und nicht um Zugang zur Exekutive eines Bundeslandes.“

(FAZ 19. 12. 2001)

■ „Kommt noch etwas: Der **Immunitätsausschuss des Deutschen Bundestages** hat nach sehr sachlicher und gründlicher Prüfung im Mai 1998 festgestellt, dass eine inoffizielle Tätigkeit von Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit erwiesen sei. Gysi bestreitet das, aber seine Klage da-

gegen beim Bundesverfassungsgericht ist gescheitert.“ (Welt 7. 1. 2002)

■ „Eine Richtlinie von 1993 sieht eine Regelanfrage bei der Gauck- bzw. Birthler-Behörde auch für Senatoren und Staatssekretäre vor [...] Nach der Berliner Richtlinie sollen die Ergebnisse allerdings unter Verschluss bleiben. Fraglich ist, wie sich nun die SPD verhält, der rot-grüne Übergangssenat zumindest hatte eine Veröffentlichung brisanter Ergebnisse erwogen. Einer Überprüfung der Parlamentarier hatte die PDS 1999 noch zugestimmt – damals gehörte Gysi dem Berliner Abgeordnetenhaus allerdings noch nicht an.“ (Handelsblatt 9. 1. 2002)

■ „Die PDS hatte nie einen Zauber zu verlieren, nur einen Fluch loszuwerden.“ (Tagesspiegel 9. 1. 2002)

### **Gregor Gysi: Belastete Luftnummer statt ‘Metropole’**

■ „Für einen Senatorenposten ist er eigentlich nicht geeignet: Gregor Gysi (53) hasst Akten, Aktenberge und natürlich auch Stasi-Akten.“ (Tagesspiegel 16. 12. 2001)

■ „Gregor Gysi erklärte noch im Sommer, dass die Landesregierung ein Programm auflegen müsse, um moderne Industrien wie Verkehrs-, Bio- und Medizintechnik in die Stadt zu holen. Jetzt, fast in der Regierungsverantwortung, hat er das vergessen.“

(Berliner Zeitung 21. 12. 2001)

■ „Insgesamt fehlt im Koalitionsvertrag eine Vision für die Hauptstadt. Die Ziele, ‘Metropole’ (Gysi) zu werden und einen ‘Mentalitätswechsel’ (Wowereit) einzuleiten, spiegeln sich in der Koalitionsvereinbarung nicht wieder.“ (Welt 21. 12. 2001)



■ „Der im Wahlkampf artikulierte Anspruch beider Parteien, Berlin zu einer europäischen Metropole zu entwickeln, ist auf der Strecke geblieben. Von ihm war nun überhaupt nichts mehr zu hören.“

(*Berliner Zeitung* 21. 12. 2001)

■ „Die Chancen zum Aufbruch, zu einem neuen ‘Vorbild Berlin’ wurden nicht genutzt.“

(*Kölner Stadt-Anzeiger* 21. 12. 2001)

■ „Mit seinem Hinweis, im bankrotten Berlin könne er nichts kaputtmachen, hat Gysi schon deutlich gemacht, dass er das Unternehmen als Experiment versteht, für dessen mögliches Scheitern er jedenfalls nicht in Haftung genommen werden will.“

(*FAZ* 9. 1. 2002)

**Die PDS stellt nach der Koalitionsvereinbarung die Senatoren für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie Wissenschaft, Forschung und Kultur. Darüber hinaus hat sie ein Mitspracherecht hinsichtlich des Senators für Justiz. Doch die PDS findet kein fähiges und unbelastetes Personal. Gregor Gysi soll Wirtschaftsminister werden.**

■ „PDS tut sich schwer bei der Suche nach Kandidaten für den Berliner Senat. [...] Die Personalkonzepte seien nicht aufgegangen, hieß es in der Partei.“

(*ADN* 9. 1. 2002)

■ „Besänftigt hat die SPD die Sozialisten mit der Zusage, bei der Besetzung des Justizressorts mitreden zu können. Zufällig ist dafür Rosemarie Will im Gespräch. In ihrer Biographie treffen sich SPD und PDS sozusagen, die 53-jährige verkörpert den Wandel vom treuen SED-Mitglied zur anerkannten Ver-

fassungsrechtlerin in der Bundesrepublik, zum Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Bevor Will 1996 zur Richterin am Landesverfassungsgericht Brandenburg gewählt wurde, tobte ein heftiger Streit, ob das denn ginge: eine zur Richterin machen, die als SED-Genossin der siechen DDR bis zum Schluss die Treue gehalten hat. Es ging offenbar.“

(*Süddeutsche Zeitung* 9. 1. 2002)

■ „Und die Justiz? Da ist in der SPD, die das Vorschlagsrecht hat, der Name von Rosemarie Will aufgetaucht. Ein Jurist ist ein Jurist, egal in welchem System, hat sie mal gesagt. Will weiß vielleicht nicht, was sie da sagt, aber sie weiß immerhin, wovon sie redet: Mit zwanzig in der SED, Kampfgruppenmitglied an der Uni und Juristin gemäß real-sozialistischer Vorstellung. Nach der Wende Wechsel in die SPD, Mitarbeit am Bundesverfassungsgericht, heute Verfassungsrichterin in Brandenburg. Wer überall funktionieren will, egal in welchem System, übernimmt sich leicht.“

(*Tagesspiegel* 8. 1. 2002)

■ „Betonsozialist wird Kultursenator. Erste Schlappe für Gysi: Bisky sagt ab“

(*Berliner Morgenpost* 10. 1. 2002)

■ „[...] schließlich musste am Abend eine lokale Größe her: Thomas Flierl. Der hat sich als Baustadtrat von Mitte zwar nicht berlin-, geschweige denn bundesweit, dafür aber ostbezirklich bestens bekannt gemacht. Der Neinsager war gegen alles, was der Senat in Mitte plante, und betrieb eine lupenreine Klientelpolitik für die Wähler der PDS [...]. Sein notorisch schlechtes Verhältnis zu bauwilligen Investoren ist jetzt ein verheerendes Signal. [...] Warum also Flierl? Weil die PDS keine ministrablen Leute hat.“

(*Tagesspiegel* 10. 1. 2002)

■ „Der **Schriftsteller Günter Kunert** befürchtet angesichts einer PDS-Beteiligung am Berliner Senat eine ‘Kultur-Katastrophe’ in der Hauptstadt. ‘Was hat die PDS noch mit Kultur zu tun?’ [...] Auch die Tatsache, dass Gregor Gysi bei der Besetzung des Justizressorts mitreden wolle, sage viel. ‘Die Überprüfung von Ex-Stasi-Leuten wird kaum durch die PDS gefördert. Ein PDS-genehmer Mann kann Türen öffnen. Die Schuldigen, sei es ein Mauerschütze oder ein NVA-General, können so viel leichter salonfähig werden.’“

(*Tagesspiegel* 10. 1. 2002)

■ „Kritik an Rot-Rot übt auch die **Marketing-Agentur ‘Partner für Berlin’**. Der zum 1. März aus dem Amt scheidende **Geschäftsführer Volker Hassemer** sieht eine Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Berlin durch die Regierungsbeteiligung der PDS. Für die Akzeptanz der Hauptstadt als Wirtschaftsmetropole sei es ‘eine außerordentlich erschwerende Angelegenheit’, dass in Gregor Gysi ein PDS-Politiker Wirtschaftssenator werde.“

(*Berliner Morgenpost* 10. 1. 2002)

■ „Mit Wortwitz schafft man keine Arbeitsplätze“ (*Berliner Zeitung* 10. 1. 2002)

■ „**Olaf Henkel (61), Ex-BDI-Präsident:** ‘Es ist ein äußerst trauriges Signal, wenn ein jahrzehntelanger Anhänger der Planwirtschaft, der dazu ein Parteiprogramm vertritt, das eher an Havanna und Pjöngjang erinnert als an Ludwig Erhard, in Berlin Wirtschafts-senator wird.’“

**Peter Dussmann (63), 4500 Berlin-Beschäftigte:** ‘[...] Bisher war ich der Ansicht, dass die einzige Qualifikation der PDS darin besteht, dass sie als SED-Nachfolgepartei Erfahrungen im Umgang mit Pleiten hat.’“

(*Bild* 10. 1. 2002)

■ „Was ihn [Gysi] außer dem Interesse an ‘der größten Herausforderung’ und guten Kontakten zu abgedankten Ostblock-Diktatoren zu diesem Amt befähigt, vermag er selber nicht genau zu sagen. [...] Finanzkompetenz bewies Gysi bislang vor allem beim Wegsehen. Dreistellige Millionenbeträge reichte die SED unter seinem Vorsitz vor der großen Selbstumrubelung zur PDS als Darlehen an unbekannte Treuhänder heraus – oft auf Nimmerwiedersehen.“

(*Welt* 10. 1. 2002)

### Wohin die Reise geht: Rot-Rot in Berlin – Rot-Rot für Deutschland?

**Rot-Rot in Berlin könnte Rot-Rot im Bund den Weg ebnen.**

■ „Der Plan der SPD, mit der Machtbeteiligung der PDS die rote Basis abzugraben, ging schon in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt voll daneben.“

(*Focus* 51, 17. 12. 2001)

■ „Wenn Schröders Rot-Grün-Bündnis bei den Bundestagswahlen 2002 die Mehrheit verfehlt, wäre die PDS für den Kanzler eine verlockende Alternative. Die Post-Kommunisten wären möglicherweise ein pflegeleichterer Partner als FDP oder Grüne.“

(*Prof. Dr. Arnulf Baring*  
in *Bild* 21. 12. 2001)

■ „Die PDS trägt modischen Schafspelz. Die SPD hat sie hoffähig gemacht. Gysi kann von größeren hochroten Koalitionen träumen.“

(*Bild* 21. 12. 2001)

■ „Die rot-rote Koalition in Berlin könne zum Modellfall für ganz Deutschland wer-



den, meint die liberale österreichische Zeitung 'Der Standard' am Freitag.“

(dpa 21. 12. 2001)

■ „Sollten wir jenen gewendeten Einheitssozialisten vertrauen, die sich heute ängstlich ... in die Büsche schlagen, sich aber nicht zu schade sind, das Vermögen und den Mitgliederbestand einer Partei zu verwalten, die die Freiheit bekämpft hat?' Eine gute Frage. Gestellt hat sie der Kanzlerpartei-**chef Gerhard Schröder** am 19. November letzten Jahres auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg. Die Berliner SPD hat Schröders Frage jetzt mit einem klaren 'Ja' beantwortet. [...] Schröder erweckt den Anschein, als sei die Ablehnung der PDS für ihn eine Grundsatzfrage. Wäre sie das aber wirklich, dürfte er nicht in der Pose eines hilflos lächelnden Hausvaters darüber hinwegsehen, mit wem sich seine Junioren in den Ländern zusammentun.“

(Süddeutsche Zeitung 9. 1. 2002)

■ „Die SPD wird täglich jedwede rot-rot-grüne Bundesregierung ausschließen. Nur hat Wowerit vorbildlich gezeigt, wie man zu einer Regierungsbeteiligung der PDS kommt, ohne sich dabei erwischen zu lassen, sie jemals gewollt zu haben. Man verhandelt halt erst mit anderen rum und macht ganz am Ende mit der PDS ernst. Das schwächt Schröders Dementi. Das reicht allemal für einen enormen Machterwartungsgewinn der ehemaligen SED.“

(Tagesspiegel 9. 1. 2002)

■ „Mehr als einmal in der Geschichte haben Kommunisten ihre bürgerlichen Steigbügelhalter nach kurzer Zeit als nützliche Idioten dastehen lassen.“

(FAZ 9. 1. 2002)

■ „Der stille Triumph alter Genossen“

(Hamburger Abendblatt 9. 1. 2002)

## Stimmen aus der SPD

**Stimmen – vor allem ostdeutscher Sozialdemokraten – in der SPD, die vor Rot-Rot warnten, setzten sich gegen das Machtinteresse der SPD-Führung zum wiederholten Male nicht durch.**

■ 'Instinktos' [...] schimpft der aus dem Osten stammende **Staatssekretär** im Bundesverkehrsministerium, **Stephan Hilsberg** (SPD), die Berliner Parteifreunde.“

(Spiegel 50, 10. 12. 2001)

■ „Die Erben der Ost-SPD fühlen sich ver-raten. Nächste Woche wollen sie eine Reso-lution veröffentlichen, um die Partei vor dem 'größten Experiment seit der Einheit' zu warnen. Autor der Erklärung ist **Hilsberg**, einer der Mitbegründer der Ost-SPD: 'Wir lehnen Rot-Rot ab. Die SPD übergibt der PDS mit einem solchen Bündnis in der Hauptstadt die Bahnsteigkarte für die Fahrt in den Westen'.“

(Berliner Morgenpost 15. 12. 2001)

■ „Der SPD-Politiker und **Theologe Richard Schröder** sagte im Bonner 'General-Anzeiger', der Einsatz für eine Ampel wäre durchaus steigerbar gewesen. 'Jetzt ist eine ausweglose Situation entstanden. Berlin wird zu einem Experimentierfeld'.“

(dpa 21. 12. 2001)

■ „Der Mitbegründer der Ost-SPD und jetzige Bundestagsabgeordnete **Markus Meckel** hat die Vereinbarung über eine rot-rote Koalition in Berlin 'verheerend' genannt. Im Inforadio

Berlin-Brandenburg warf er den Berliner Sozialdemokraten am Freitag vor, sie hätten sich zu 'Steigbügelhaltern einer Westaus-

dehnung der PDS' gemacht: 'Wenn wir eine Sechs- bis Acht-Prozent-Partei links der SPD selber hochpäppeln, dann machen wir unsere Mehrheitsfähigkeit für künftige Jahrzehnte kaputt und das ist selbstmörderisch'.“  
(dpa 21. 12. 2001)

■ „Berlins **ehemaliger Parlamentspräsident und DGB-Chef Walter Sickert** hat sich gestern entschlossen, aus Protest gegen die sich abzeichnende rot-rote Senatskoalition aus der SPD auszutreten. 'Ich kann diese Art sozialdemokratischer Politik mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren', sagte er. [...] 'Ich bin nicht bereit, eine Regierungszusammenarbeit mit einer Partei hinzunehmen, die in Berlin die Menschenrechte mit Füßen getreten hat.' [...] Ich kann nicht vergessen, dass die SED während der Blockade die Menschen in West-Berlin praktisch verhungern lassen wollte. Nur, um politische Ziele durchzusetzen. Ganz abgesehen von der verbrecherischen Mauer' [...] 'Die SPD wird noch ein böses Erwachen erleben'.“

(Welt 3. 1. 2002)

■ [Welt:] „Wird die PDS nicht auch entzaubert? **Sickert**: Den Spruch gabes schon 1946 zur Zeit der Zwangsvereinigung von SPD

und KPD. Damals haben führende Sozialdemokraten wie Otto Grotewohl den Begriff der 'Entzauberung' unters Volk gestreut. Die bittere Erfahrung, die man in der SPD dann machte, hat anscheinend wenig genutzt. Die Partei muss sich wahrscheinlich ein zweites Mal die Finger verbrennen, um wirklich Lehren zu ziehen.“

(Welt 4. 1. 2002)

■ „24 Stunden nach dem rot-roten Handschlag begehrt sozialdemokratisches Urgestein gegen den SPD/PDS-Senat auf. Prominente Sozialdemokraten vom rechten Flügel verlassen die Partei: 'Ich verbiege meinen Charakter nicht', sagte **Ex-Polizeipräsident Klaus Hübner** zur WELT. Mit ihm geht der **frühere Landespolizeidirektor Günter Freund** sowie der **langjährige Geschäftsführer des Berliner Journalistenverbandes, Kurt Orb**.“ (Welt 9. 1. 2002)

■ „[...] eine ganze Reihe der treuesten Genossen will nächste Woche die Partei verlassen. ES handelt sich vor allem um SPD-Mitglieder aus dem Ost-Teil der Stadt, die den Bruch mit 'Mutter SPD' unter großen Schmerzen vollziehen.“

(Welt 10. 1. 2002)